

Eine gute Bank – darf das sein? Aktivisten gründen eine Bank, die nicht dem Profit, sondern dem Gemeinwohl dient. Die Finanzmarktaufsicht freut sich nicht sehr darüber. Von Sonja Bettel

Seit im Herbst 2008 die großen US-Finanzdienstleister zusammenkrachten, endlos Steuergelder in die Banken gepumpt wurden und sich die Finanzkrise zu einer Weltwirtschaftskrise auswuchs, haben viele Menschen darüber nachgedacht, ob es eine Alternative zu dieser Art von Geldgeschäften gibt. Denn der Durchschnittsbürger und die Durchschnittsbürgerin brauchen keine Bank, die das Geld für sie „arbeiten“ lässt, sondern eine vertrauenswürdige Institution, die ihre Ersparnisse sicher aufbewahrt und Überweisungen verlässlich abwickelt.

Was viele sich erträumten, packte Attac Österreich an und entwarf ein Konzept für eine „Good Bank“. Im März 2010 wurde ein Diskussionspapier „für die Idee einer Demokratischen Bank“ veröffentlicht und die Zivilgesellschaft aufgerufen, diese Bank zu gründen. Nur drei Monate später gab es ein erstes Treffen einiger Interessierter, Anfang Oktober 2010 kamen 110 Menschen aus ganz Österreich zum Kick-off-Event in Wien zusammen. Vision, Struktur, Strategie, Marktforschung, Kommunikation, Corporate Design, Businessplan, Organisation – alles, was eine moderne Unternehmensgründung ausmacht, wurde seither in ungezählten und unbezahlten Arbeitsstunden von engagierten Menschen entwickelt. Erst seit Jänner 2013 sind zwei Projektkoordinatoren hauptamtlich im „Verein zur Förderung und Gründung einer Demokratischen Bank“ beschäftigt. Sie werden durch Spenden bezahlt.

Dazu kommt, dass die Demokratische Bank von Beginn an demokratisch und transparent arbeiten möchte und der Entwicklung des Businesses die Entwicklung des Umgangs miteinander vorangeht. So bedient man sich auf Empfehlung von Christian Felber, einem der Initiatoren und Obmann des Vereins, des „Systemischen Konsensierens“ für die Entscheidungsfindung.

Drei Jahre nach dem Kick-off steht die „Bank für Gemeinwohl“, wie sie nach einem demokratischen Namensfindungsprozess nun genannt wird, kurz vor der Gründung. Ab dem Frühjahr 2014 wird es möglich sein, Genossenschaftsanteile von voraussichtlich 100 Euro aufwärts zu zeichnen. JedeR GenosschafterIn hat dann – unabhängig von der Höhe des Genossenschaftsanteils – eine Stimme, mit der sie oder er in regelmäßigen Abständen Einfluss auf die Arbeit der Bank nehmen kann.

„Es gibt kaum einen ungünstigeren Zeitpunkt, eine neue Bank zu gründen, und gleichzeitig ist es gerade jetzt dringend nötig“, sagt Judith Pühringer, Obmann-Stellvertreterin des Vereins. In den vergangenen fünf Jahren sind die Vorschriften für die Gründung und das Betreiben einer Bank immer komplexer geworden, was mehr Sicherheit für Anleger bringen soll. Tatsächlich schadet das aber den kleinen Banken und treibt die Konzentration am Banken- und Finanzsektor immer weiter an. Bis es nur mehr Banken gibt, die „too big to fail“ sind.

Es brauche deshalb in Österreich eine alternative Bank, wie es sie in anderen europäischen Ländern bereits gebe, so Pühringer. Geld solle bei dieser Bank ein Mittel sein, um dem Gemeinwohl zu dienen, und nicht als Herrschaftsinstrument und zur Profitmaximierung. Die Produkte und Dienstleistungen sollen den Bedürfnissen der Kundinnen und Kunden entsprechen, Sicherheit biete sie durch Regionalität und die Konzentration auf das Kerngeschäft – Kreditvergabe, Spareinlagen und Zahlungsverkehr. Auch Bildungsangebote zum Thema Geld sind geplant, und es wird darüber nachgedacht, welche alternativen Sicherheitssysteme es für kleine Betriebe, Vereine und Initiativen geben könnte.

An einer ersten Online-Umfrage im Jänner 2012 nahmen mehr als 3.000 Menschen teil, es wurden Anteilszusagen in

Höhe von fast zwei Millionen Euro gemacht. Insgesamt, so schätzen die Initiatoren, könnten 20.000 GenossenschaftInnen erreicht werden. Mit den Projektkoordinatoren Markus Stegfellner und Ralf Widtmann hat der Verein erfahrene Bankfachleute und Unternehmensberater an Bord. Doch wird die Bank für Gemeinwohl auch der strengen Prüfung der Finanzmarktaufsicht (FMA) standhalten können?

Wer in Österreich Bankgeschäfte tätigen möchte, braucht nach dem Bankwesengesetz eine Konzession der FMA. Voraussetzung dafür sind mindestens fünf Millionen Euro Anfangskapital, ein Geschäftsplan mit einer Budgetrechnung für die ersten drei Geschäftsjahre sowie mindestens zwei GeschäftsleiterInnen, die bei der FMA ihre Eignung nachweisen müssen. Laut Judith Pühringer gab es bereits ein erstes Gespräch mit der FMA und der Nationalbank, die in einem Konzessionsprozess eine Stellungnahme abgeben kann. Auf unsere Anfrage bei den Pressestellen der beiden Institutionen hieß es seitens der Nationalbank, dafür sei die Finanzmarktaufsicht zuständig, und dort sagte uns Pressesprecher Klaus Grubelnik betont desinteressiert: „Wer die Voraussetzungen nach dem österreichischen Bankwesengesetz erfüllt, hat einen Rechtsanspruch.“

Ganz so ist Judith Pühringers Eindruck nicht: „Die FMA hat uns gesagt, Österreich habe schon genug Banken, wir geben sicher keine neue Lizenz aus. Das Interesse an einer alternativen Bank besteht schon gar nicht. Außerdem ist die FMA sehr regulierend. Weil auf unserer Website das Wort ‚Bank‘ gestanden ist, hatte man uns eine Klage angedroht.“

Wie könnte die Bank für Gemeinwohl dennoch Wirklichkeit werden? Durch eine politische Willenskundgebung, meint Judith Pühringer. Wenn im Frühjahr 2014 eine beträchtliche Anzahl an Firmen, Organisationen und Privatpersonen Genossenschaftsanteile zeichnet, wird man schwer behaupten können, diese Bank brauche doch niemand.

„Es gibt kaum einen ungünstigeren Zeitpunkt, eine neue Bank zu gründen, und gleichzeitig ist es gerade jetzt dringend nötig.“

Infos zum Thema

www.demba.at

www.attac.de/aktuell/krisen/bankentribunal/programm0/forum-der-alternativen/die-demokratische-bank

